

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 1

Artikel: "When woman are present, the nature of the dialogue changes."
Autor: Vermot, Ruth-Gaby
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390399>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«When women are present, the nature of the dialogue changes.»*

Die Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrates unter dem Titel «Frauen, Frieden, Sicherheit» fordert die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen von Friedensprozessen.

Ein Bericht über das Podium der Heinrich Böll Stiftung vom 17. Oktober 2012 in Berlin: TeilnehmerInnen waren Ute Scheub vom deutschen Frauenfriedensrat (siehe ihr Buch «Gute Nachrichten», Neue Wege 12/2012, Journalistin und Schriftstellerin), Tilman Enders vom Auswärtigen Amt, verantwortlich für den Aktionsplan 1325, und Ruth-Gaby Vermot.

Resolution 1325 – ein schwieriges Kapitel

Dass die Teilnahme von Frauen bei allen Friedensverhandlung dringlich ist, folgt auch aus der Studie von UNIFEM aus dem Jahre 2009. Sie zeigt auf, dass in insgesamt 22 Friedensprozessen seit 1992 – in Afghanistan, Bosnien, Burundi, Darfur, Kongo, Kosovo, Uganda und anderswo – nur 7,5 Prozent der Verhandelnden und bloss 2 Prozent der MediatorInnen weiblich waren. In 14 Friedensgesprächen gehörten zu den Unterzeichnern nicht mal 3 Prozent Frauen. Ein katastrophales Ergebnis. Eigentlich müssen alle UNO-Mitgliedstaaten einen Aktionsplan zu Resolution 1325 haben; bisher sind nur 17 von 192 Ländern dem Appell des ehemaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan gefolgt, 8% aller Staaten.

Dieses Thema stand denn auch im Zentrum: Wo sind Deutschland und die Schweiz in der Erarbeitung und Umsetzung ihrer Aktionspläne 1325? Natürlich lautete die immer gleiche erste Frage des Moderators, ob denn Frauen grundsätzlich die besseren FriedensbotschafterInnen seien, dass sie so dringend in Verhandlungen einbezogen werden müssten. Nein, sagte Ute Scheub, Frauen seien keine besseren Menschen. Aber aufgrund ihrer sozialen Rollen seien sie kaum in militärische Handlungen involviert und daher weit eher in der Lage, auf den «Feind» zuzugehen. In praktisch allen Kriegs- und Krisenregionen gebe es Frauengruppen, die über religiöse, ethnische und geografische Grenzen hinweg zusammenarbeiteten. Trotzdem würden Frauen weiterhin aus den offiziellen Friedensprozessen ausgegrenzt. Damit blieben ihre Potenziale vielerorts ungenutzt.

«Living document» nötig

Die Schweiz macht ihre Sache recht gut. Die Regierung hat von Anfang an Nichtregierungsorganisationen einbezogen, welche dadurch den Prozess mitgeprägt haben. Dank einem engagierten Team unter der Leitung von Carmela Bühler

hat die Schweiz zum zehnten Jahrestag der Resolution 1325 bereits einen zweiten Aktionsplan aufgelegt. Er sollte – und das ist neu – ein living document sein, ein Dokument, an dem laufend Anpassungen vorgenommen werden sollen. Als ich nach dem Stand des living documents fragte, sagte Bühler lachend, es sei zwar toll, eine unfertiges Dokument zu haben, aber man müsse dann wirklich daran arbeiten: «Es lässt sich nicht einfach schubladiesieren!» Es liegt nun auch an den Organisationen, neue Anträge einzureichen. Ein gutes Dokument erlaubt es der Regierung auch, Finanzen für Friedensprojekte zu vergeben und bei der Beteiligung an Friedensprozessen entsprechend zu handeln.

Ute Scheub kritisierte die deutsche Regierung, die noch immer keinen Aktionsplan zu 1325 hat, heftig: «Andere Regierungen machen es wesentlich besser», sagte sie. Sie habe an mehreren Veranstaltungen der Schweizer Regierung teilgenommen und sei beeindruckt gewesen, wie ernst die damalige Aussenministerin Michelle Calmy-Rey und ihre MitarbeiterInnen das Thema 1325 nehmen würden. Die Aussenministerin habe unter anderem dafür gesorgt, dass eine Jahreskonferenz der Schweizer Botschafter – fast alles Männer – sich dem Thema «Gender & Conflict» widmete. «Man stelle sich nur mal einen Moment vor, dass der deutsche Aussenminister sich diesem Thema mit Leidenschaft widmet, dass er das widerwärtige Auftreten der männlichen Söldner und Sicherheitskräfte von Blackwater & Co in Afghanistan geisselt oder das Rotlichtmilieu in Bosnien oder Kosovo, das zur Bedienung der ausländischen Sicherheitskräfte entstanden ist, oder die Vetterles- und Brüderles-Wirtschaft der afghanischen Warlords» spottete sie.

Das solle sich ändern, widersprach Tilman Enders: Ein Aktionsplan zu 1325 sei auf dem Weg und sicher bis Ende Jahr öffentlich. Er räumte ein, dass die deutsche Regierung sich von Ländern wie die

Schweiz oder Schweden im Hinblick auf die strategische Umsetzung der UN-Resolution 1325 durchaus inspirieren lasse: «Wir sind offen für alles, auch für Diskussionen mit der Zivilgesellschaft auf regelmässiger Basis.»

Ungläubiges Kopfschütteln im Publikum. Ich konnte mich für einmal etwas zurücklehnen, hoffe aber, dass die Schweiz sich weiterhin mit dem Einsatz von Expertinnen vor Ort, mit Geld, Verantwortung und Leidenschaft für die Umsetzung von 1325 stark macht. Es gibt weltweit noch genügend Orte, Krisen und frauenlose, gescheiterte Verhandlungen!

Das vorläufige Fazit

Ob die Resolution 1325 Wirklichkeit wird, ist das Ergebnis eines langen politischen Prozesses, dessen Erfolg vor allem von zwei Bedingungen abhängt:

1. Die Frauen müssen von Anfang an präsent und Fraueninteressen ständig Thema sein, sobald ein Konflikt beendet wird.

2. Der politische Wille an der Spitze eines Staates ist entscheidend. Das macht das Beispiel Liberia versus Kongo oder Afghanistan deutlich: In Liberia regiert die resolut feministische Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf. In Afghanistan steht Präsident Karsai an der Spitze eines korrupten und mafiösen Systems von Warlordismus, der fundamentalistische Islamauslegungen zur Absicherung seiner Macht missbraucht. Beide Länder sind ungefähr gleich schlimm von Krieg und sexualisierter Gewalt heimgesucht worden. Aber in Liberia herrscht trotz unvorstellbarer Armut eine gewisse optimistische Aufbruchstimmung, weil die Präsidentin den Willen zeigt, mit dem «Old-Boy-Network» zu brechen. In Afghanistan hingegen sind Frauenrechtlerinnen und Demokraten depressiv und hoffnungslos. ●

* Elisabeth Rehn, ehemalige Verteidigungsministerin von Finnland, und Ellen Johnson-Sirleaf, Präsidentin von Liberia, UNIFEM, 2002.

Ruth-Gaby Vermot, ehemalige National- und Europarätin, Co-Präsidentin 1000 peacewomen around the globe PWAG (ruth-gaby.vermot@bluewin.ch)